



Stadt

ARBEITNEHMERINNEN
INTERESSEN
IM URBANEN RAUM

ARBEIT, WOHNEN UND FREIRAUM

JUNGE WIENERINNEN BRAUCHEN PLATZ!



Leben: Zufriedene Junge, aber Probleme bei Arbeit, Wohnen, Freizeit **SEITE 6**

Generation Praktikum: Immer mehr wehren sich gegen Ausbeutung **SEITE 12**

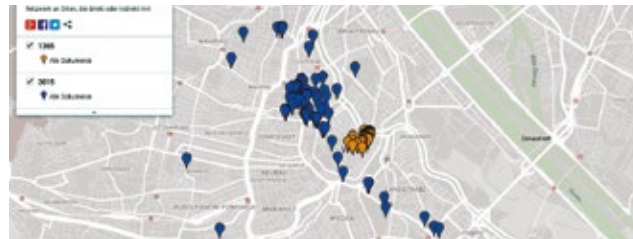
Freizeit: Junge brauchen mehr Freiraum ohne Konsumzwang **SEITE 14**



DIE WIENER UNIVERSITÄT IM STADTRAUM

Wenig bekannte Plätze, an denen bereits 650 Jahre Universitätsgeschichte geschrieben wurde, macht jetzt eine Aktion sichtbar.

Eine Aktion im öffentlichen Raum macht die Stadtbe-wohnerInnen auf 650 Jahre Universität Wien aufmerksam. Ziel des Projekts ist es, universitäre Orte im Stadtbild Wiens sichtbar zu machen. Oft an Stellen, die so nicht mit der Hochschule in Verbindung gebracht werden – wie etwa das heutige Gasthaus Pfudl in der Bäckerstraße. Im Mittelalter befand sich dort nämlich der Karzer: „Das war ein Studierendengefängnis, die Universität hatte damals ihre eigene Rechtsprechung“, erklärt Martina Schögggl von #wien1365. Über 60 aktuelle Standorte der Uni Wien sind mit einem blauen Kreide-Hashtag #wien1365 versehen, rund 30 Orte, an denen die mittelalterliche Universität beheimatet war, mit einem goldfarbenen Schriftzug. Der Hashtag #wien1365 fungiert dabei als Brücke vom realen in den virtuellen Raum. Die temporäre Schau ist noch bis 3. Mai sichtbar. Alle Orte können unter folgendem Link abgerufen werden: <http://goo.gl/xyOiiz>
Instagram-Account: www.instagram.com/wien1365
Weitere Informationen zur Ausstellung: www.wien1365.at



Karte von #wien1365: historische und aktuelle Orte der Uni Wien



Bemerkenswert: Rudi Kaske, AK Präsident

„Die Novelle zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz war wichtig. Die Erfahrungen haben gezeigt, wir brauchen die Verschärfungen im Gesetz. In den Beratungen der AK zeigt sich, dass es Branchen gibt, wo sich viele nicht an die Spielregeln halten.“

Im Hotel- und Gastgewerbe stimmen bei 45% aller Fälle die Bezahlung und die Abrechnung nicht überein. Bei Restaurants und Gasthäusern sind es über 70%. Die AK will verstärkte Kontrollen, mehr Schulungen der Behörden und „wirkliche“ Nachbesetzungen bei der Finanzpolizei.



UZ 1005

FEEDBACK
stadt@akwien.at

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber AK-Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien **E-Mail** stadt@akwien.at **Telefon** 01/501 65 – 3047 **Redaktion** Mag Thomas Ritt (Leitung), Mag Christian Resei, Jakob Fielhauer **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe** Mag^a Katharina Hammer, Veronika Kronberger, DI Christian Pichler, Mag Lukas Tockner, DI^a Judith Wittrich **Redaktionssekretariat:** Alina Andritsch 01/501 65-3047 **Konzeption und Produktion** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Coverfoto** © tony4urban – fotolia.de **Druck und Herstellung** Martinidruck- und VerlagsgmbH/ Remaprint **ISSN** 2227-9415 **Offenlegung gemäß Mediengesetz, Par. 25** wien.arbeiterkammer.at/impressum.htm; AK Stadt thematisiert relevante Kommunal-themen für Wiener ArbeitnehmerInnen.

In der AK Stadt veröffentlichte Artikel müssen nicht notwendigerweise die Meinung der AK Wien wiedergeben.
Sagen Sie uns Ihre Meinung, Sie erreichen uns unter stadt@akwien.at

KALT WARM



Öffentlicher Raum alleZ!

Dass Zukunft zählt, zeigen Ideen und Projekte – etwa wie kommerzieller öffentlicher Raum wieder für alle nutzbar gemacht und erweitert werden kann. Die Sitz-Möblierung auf der Mariahilfer Straße zählt ebenso dazu, wie Pläne den Donaukanal um die Uferpromenade durch „schwimmende Gärten“ zu erweitern. Öffentlicher Erholungs- und Aufenthaltsraum bedeutet nicht nur urbane Lebensqualität, sondern ist zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben. Das fertige Donaukanalkonzept entspricht diesen Zielvorstellungen. Umsetzen!

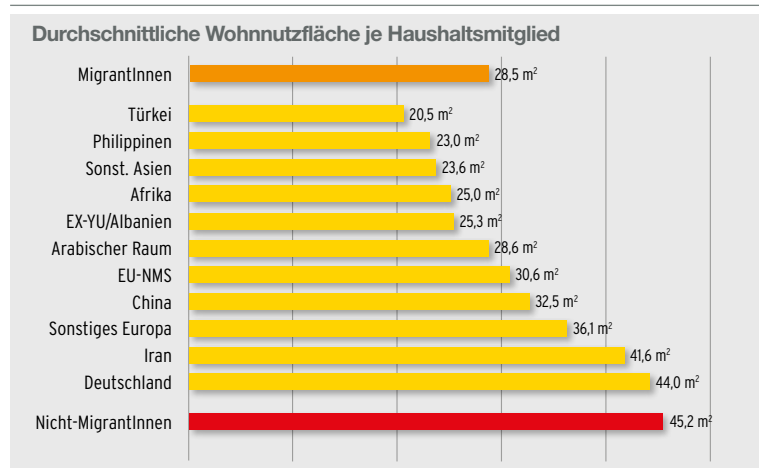


Öffentlicher Raum passé!

Immer öfter wird Raum zu Gunsten einiger Weniger privatisiert, die ursprünglichen NutzerInnen werden verdrängt. Auch am Donaukanal soll neben dem Otto-Wagner-Schützenhaus eine bei Jung und Alt beliebte Wiese mit Bäumen durch ein riesiges Gastronomie-Projekt (800 Plätze) privatisiert werden – es ist die letzte in der Sonne liegende, zentrale und noch nicht kommerzialisierte Grünfläche am Donaukanal. Gerade vor dem Hintergrund des enormen Stadtwachstums sind öffentliche Freiräume, die eine Nutzung ohne Konsumzwang zulassen, für die Erholung und Freizeit von großer Bedeutung.



WOHNORT WIEN MigrantInnen in Wien haben deutlich weniger Wohnraum zur Verfügung als WienerInnen ohne Migrationshintergrund



Der AK MigrantInnenstudie 2014 nach, haben besonders TürkInnen mit durchschnittlich 20,5m² Wohnnutzfläche pro Person um die Hälfte weniger Platz als Einheimische. Der Anteil an überbelegten Wohnungen ist bei MigrantInnen zehnfach so hoch. Vor allem kürzlich Zugewanderte sind verstärkt mit hohen Mieten konfrontiert, und leben eher in privaten Mietwohnungen. Die AK fordert leistbares Wohnen für alle, das Mietrecht muss mit klaren Mietzinsobergrenzen reformiert werden!



Underground: London kopiert Wien

Die Nacht-Tube fährt ein IM HERBST WIRD LONDON BEWEGT WIE WIEN

In der Nacht vom 11. auf den 12. September 2015, Freitag auf Samstag, wird in London erstmals die Nacht-U-Bahn ihre Dienstfahrt antreten. Normal pausiert die London Underground zwischen 1 und 5 Uhr in der Früh. Doch ab dem 2. September-Weekend soll das viel genutzte Verkehrsmittel (bis zu 3,7 Mio. Gäste pro Tag) nun durchgehend fahren. Allerdings gilt das nicht für alle Linien: betrieben werden nur die zentralen U-Bahnen wie Victoria und Jubilee Lines, sowie Teile der Central, Northern und Piccadilly Lines. Seit kurzem werden die Öffi-Nutzer mit der Fotoausstellung „Free the Night“ in der Tube-Station Westminster auf den 24 Stunden Betrieb der ältesten U-Bahn der Welt eingestimmt.

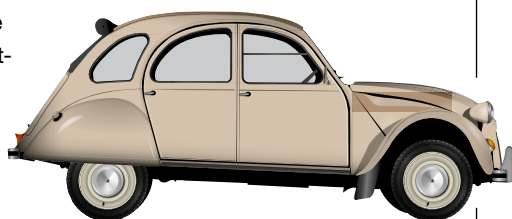
Übrigens: In Wien gibt es die Nacht-U-Bahn an Wochenenden bereits seit dem 4. September 2010.

Feinstaubbelastung

AUTOREDUKTION GEGEN STAUBIGES PARIS



Alarmierende Zustände in Paris. Die Feinstaubbelastung hatte Ende März Spitzenwerte bis 80 Mikrogramm pro Quadratmeter erreicht. Zum Vergleich: Nach dem EU-Grenzwert darf an 35 Tagen ein Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Quadratmeter überschritten werden. Die Pariser Bürgermeisterin reagierte mit einem alternierenden Fahrverbot – Autos mit geraden Kennzeichen wechseln täglich mit Fahrzeugen ungerader Kennzeichen. Hauptverursacher des Feinstaubes: Verkehr, Industrie und Hausbrand (Heizungen).



PariserInnen dürfen nur mehr jeden zweiten Tag Auto fahren

Editorial

FAIRE CHANCEN IM UMBRUCH



Thomas Ritt, Leiter Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien

Da kommt schon was „zamm“ in den Jahren unter 30: Ausbildung fertig machen – Job suchen – Praktikum finden – kleine Wohnung beziehen – echten Job finden – wieder Wohnung suchen (weil aus der Beziehung eine Familie geworden ist) – Teilzeit wegen Familie – mit dem Geld auskommen... es tut sich einiges im Leben der jungen Menschen in Wien.

Die Jugend ist die Zeit des Umbruchs – und immer mehr sind davon betroffen. Denn Wien wächst stark, nicht nur bei den Alten, wie seit vielen Jahren vermutet, sondern gerade bei den Jungen – Wien ist am Weg zum jüngsten Bundesland.

Die Stadt bietet viele Angebote und Chancen. Auch deswegen ist die allgemeine Zufriedenheit der Jungen recht hoch. Aber das Umfeld ändert sich, das reicht vom rasanten Stadtwachstum bis zu einem immer rabiater werdenden Kapitalismus. Für die Jungen sind das verschärfte Umbruchjahre. Wer jetzt Job, Wohnung und Freiräume sucht, hat es deutlich schwerer als die, die schon alles gefunden haben. Denn es gibt eine Reihe schwieriger Lebensumstände wie befristete Wohn- und Arbeitsverträge, geringe Einkommen, schlechte Wohnsituation oder wenig öffentliche Freiräume. Jedes dieser Probleme ist lösbar – schwieriger wird es bei denen, wo mehr als eine dieser Herausforderungen zusammenkommen.

Gerade für diese, aber auch für alle anderen, braucht es Arbeit, von der man leben kann, leistbares junges Wohnen, Mobilität, die günstig und flexibel ist und städtische Freiräume, die wirklich frei und keine Schanigärten sind.

EINZELNE PROJEKTE SUCHEN HARMONISCHES GANZES

Das Smart-City-Projekt „T-City“ wurde von der Deutschen Telekom und der Stadt Friedrichshafen gemeinsam umgesetzt. Diplom-Geograph **Michael Lobeck** von der Universität Bonn untersuchte das Projekt und erklärt Erfolge wie Schwierigkeiten.

Welche Besonderheiten hat die Smart-City in Friedrichshafen? Die T-City wurde integrativ angelegt. Die Projekte reichten von der Energieinfrastruktur über die Bildungslandschaft bis zur Gesundheit – sie sollten nicht einzeln stehen, sondern Synergien erzeugen. Eine Beteiligung der gesamten Stadtgesellschaft, neben Politik und Stadtverwaltung auch Bürger, Vereine oder Unternehmen, war das Ziel.

Was hat gut funktioniert, was nicht? Das Breitband in Friedrichshafen gehört nun zu den besten Netzen in Deutschland. Viele Einzelprojekte wurden gemeinsam umgesetzt und zahlreiche Bürger haben sich als Pilot-Anwender beteiligt. Doch Synergien über gute Einzelprojekte hinaus wurden kaum erreicht.

Waren die Bewohner begeistert? Einzelprojekte, die nahe am Leben der Menschen waren, etwa im Gesundheitsbereich, fanden sehr positive Beachtung. Ein Verständnis der vielfältigen Möglichkeiten und Chancen haben aber nur wenige Bürger gewonnen. Diejenigen, die sich eingebracht haben, beurteilen das Projekt signifikant besser als jene, die Beobachter geblieben sind.

Ging der Konzern auf die Menschen zu? Die Deutsche Telekom hat versucht, den Bürgern das Projekt mit viel Aufwand näher zu bringen. Die Kommunikationsrichtung war jedoch aus



Smart City: viele beachtliche Einzelprojekte, aber kaum Synergien

Sicht der Begleitforschung des Geographischen Instituts der Universität Bonn stärker auf Information ausgerichtet als auf das Zuhören.

Orientieren sich Techniker am Kunden? Aus Sicht der Entwickler sind die Produkte sehr stark an den Bedürfnissen der Nutzer orientiert. Die Nutzer ändern ihre Gewohnheiten hin zu neuen Produkten oder Techniken aber nur, wenn sie wirklich einen deutlichen Mehrwert erkennen. Das war zum Beispiel bei Gesundheitsprojekten der Fall. Hier konnten die Patienten von zu Hause aus selbst Daten übermitteln und mussten nicht so oft ins Krankenhaus.



Die Kosten des Smart Meters sind für die KonsumentInnen höher als die Stromersparung

Ist der Datenschutz in Gefahr? Das Thema war in Friedrichshafen sehr präsent. Die Projektverantwortlichen haben viel für eine datenschutzkonforme Produktentwicklung geleistet. Personenbezogene Daten wurden sehr zurückhaltend erhoben. Datenschutz ist das wichtigste Thema in Smart Cities, wenn wir eine demokratische Gesellschaft bleiben wollen.

Wem nützt das Smart Meter? Durch das Smart Meter sparten die Endkunden etwa 4 Prozent Strom ein. Allein die Produktion und der Austausch der Zähler dürften diese Einsparungen wieder wettmachen. Die Kosten dieses Dienstes sind höher als der Nutzen. Ökonomisch und ökologisch bedeutsamer ist ein intelligentes Netz für Energieversorger. Sie können den Stromfluss besser steuern und Lastspitzen reduzieren. Diese sind besonders teuer, da Strom schnell zugekauft und eine aufwändige Infrastruktur erhalten werden muss, die nur selten benötigt wird.



Personenbezogene Daten wurden sehr zurückhaltend erhoben. Datenschutz ist das wichtigste Thema in Smart Cities
Michael Lobeck

JUNG IN WIEN

Eine Stadt für Junge, eine Stadt mit Chancen?

Die Lebenssituation junger Menschen wurde im Auftrag der AK untersucht. Sie geben ihrer Stadt gute Noten für die Lebensqualität. Aber bei Arbeit Wohnen und in der Freizeit gibt es auch viele Benachteiligte.

Von Katharina Hammer

Wien wächst sich jung. Schon mit dem 20. Jahrhundert hat sich das Bild der Jugend gewandelt. Wurde einst noch von Kindheit und dem folgenden Übergang ins Erwachsenenalter gesprochen, dehnte sich der Jugendbegriff immer weiter aus. Waren früher Vierzehn- bis Neunzehnjährige jung, sind es heute 14- bis 30-Jährige. Verändert haben sich auch die Lebensumstände: Ausbildungszeiten dauern oft länger, der Einstieg ins Berufsleben findet dementsprechend später statt.

In Wien leben derzeit rund 386.000 Menschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren. Diese Gruppe wird in den kommenden zehn Jahren anwachsen, etwa um fünf Prozent – bei den unter 15-Jährigen sogar um 16 Prozent. Prognosen zufolge wird Wien damit zum „jüngsten“ Bundesland Österreichs. Um die – auch international – hohen Standards weiter gewährleisten zu können, ist es entscheidend, die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse junger StadtbewohnerInnen gut zu kennen.

Die AK Wien hat deshalb beim Institut SORA eine Sekundärauswertung in Auftrag gegeben und ermitteln lassen, wie sich die Lebenssituation der 15- bis 30-jährigen BürgerInnen Wiens darstellt. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Arbeiten, Wohnen, „Leben in Wien“, ihre Wünsche an die Zukunft und die Zufriedenheit mit den städtischen Gegebenheiten. Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudien der Stadt Wien aus den Jahren 2003, 2008 und 2013 dienen als Datenbasis – in einzelnen Fällen auch die Mikrozensi von 2007 und 2012.

Vom Job in die Ausbildung und retour

Mit dem Einstieg ins Berufsleben findet ein wesentlicher Umbruch im Leben junger Menschen statt. Von den jungen WienerInnen sind bereits 45 Prozent berufstätig, wie die sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudien belegen. Weitere 46 Prozent befinden sich in Ausbildung (28 Prozent SchülerInnen, 18 Prozent StudentInnen). Weder berufstätig

noch in Ausbildung sind 9 Prozent – diese Gruppe setzt sich vor allem aus Menschen in Arbeitslosigkeit und Karenz zusammen.

Meist steigen die jungen StadtbewohnerInnen mit 18 Jahren verstärkt in den Jobmarkt ein, danach nimmt der Anteil der Berufstätigen kontinuierlich zu. Doch im Alter von 21 bis 23 Jahren kehren viele vom Joballtag wieder ins Ausbildungsleben zurück, mit 24 Jahren steigt der Anteil der Berufstätigen erneut sehr stark an. Mit 30 Jahren üben knapp 80 Prozent einen Beruf aus: 37 Prozent aller jugendlichen WienerInnen arbeiten Teilzeit. Aus- und Fortbildung ist der häufigste Grund für diese Arbeitsform, auch viele Studierende sind nebenher berufstätig. Etwa ein Drittel von ihnen geht regelmäßig einer beruflichen Tätigkeit nach, ein knappes Viertel gelegentlich. Ein Drittel aller berufstätigen jungen Menschen ist einer Mehrfachbelastung durch eine Ausbildung oder einem zweiten Job ausgesetzt.

Ihre Arbeit macht viele Junge allerdings unzufrieden: 25 Prozent sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert, 17 Prozent arbeiten in →

Zusammengefasst

Junge WienerInnen sind sehr zufrieden. Eine Minderheit kämpft mit einem oder mehreren prekären Punkten in Arbeit (befristeten Dienstverhältnissen, Teilzeit) oder im Wohnbereich (Überbelag und befristete Mietverträge). In ihrer Freizeit ist der öffentliche Raum den jungen WienerInnen sehr wichtig. Die AK fordert attraktive Freiflächen ohne Konsumzwang, mehr Bildungsmaßnahmen und eine höhere Neubauförderungstätigkeit.

Mag^a Katharina Hammer ist Soziologin und Mitarbeiterin der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien





In Wien leben derzeit rund 386.000 Menschen zwischen 15 und 30 Jahren. In den nächsten 10 Jahren wird diese Gruppe noch wachsen. So wird Wien zum „jüngsten“ Bundesland

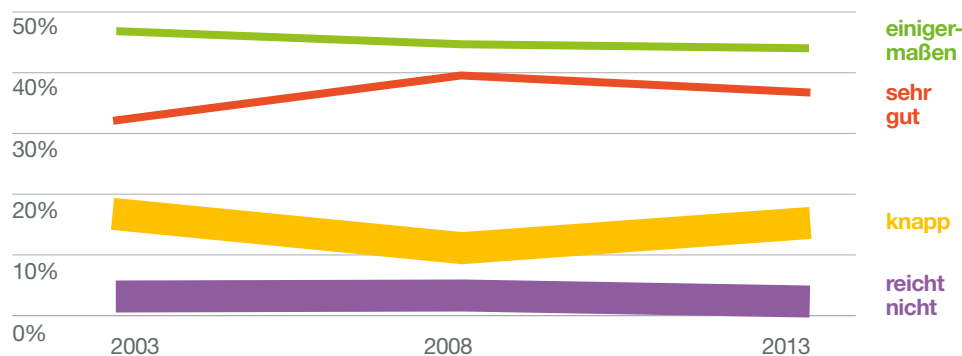
befristeten Dienstverhältnissen. Freilich gibt es auch mit dem Einkommen Probleme, denn etwa ein Fünftel kommt knapp oder gar nicht damit aus. Dazu gehören vor allem junge WienerInnen, die das Elternhaus bereits verlassen haben. Besonders junge Eltern mit kleinen Kindern haben es schwer, ein Drittel von ihnen verdient viel zu wenig.

Junge leben auf befristetem Boden

Im Jahr 2013 wohnte genau die Hälfte der jungen WienerInnen noch bei den Eltern – verglichen mit 2008 bedeutet das einen Rückgang von 4 Prozent. Offenbar werden junge StadtbewohnerInnen früher flügge und verlassen das Hotel Mama wieder zeitiger. Mit 30 Jahren leben nun 9 von 10 jungen StadtbewohnerInnen in den eigenen vier Wänden. Der Weg zur eigenen Wohnung ist jedoch mit Hürden gepflastert. Zwar ist die

Situation in Wien – besonders dank des breiten sozialen Wohnbauangebots – besser als in anderen Städten, allerdings haben Junge am Wohnungsmarkt mit speziellen Problemen zu kämpfen, etwa mit befristeten Mietverträgen. Entlang der Sekundärdatenauswertung zeigt sich: Im privaten Segment haben 37 Prozent einen befristeten Vertrag. Angesichts aller privaten Neuvermietungen aus dem Jahr 2011 sind sogar 54 Prozent der Verträge befristet. Außerdem sind die Mieten im privaten Segment seit 2005 deutlich überproportional gestiegen. Diese Steigerung trifft junge Menschen mit voller Härte – neue Mietverträge verschlingen der Statistik Austria zufolge ein Drittel ihres Haushaltseinkommens (im Durchschnitt sind es „bloß“ 25 Prozent). Besonders betroffen sind armutsgefährdete Junge – sie müssen mit 40 Prozent doppelt so viel ihres →

Wie kommen die Jungen mit dem Haushaltseinkommen aus?



Knapp die Hälfte der jungen WienerInnen gibt an, einigermaßen mit dem Haushaltseinkommen das Auslangen zu finden. Insgesamt 21 Prozent kommen nur „knapp“ oder „gar nicht“ aus. Der Rest kann sehr gut mit dem Geld auskommen

Quelle: SoWi-Datensätze 2003, 2008, 2013

Kommentar

IM DICHTEN MIETDSCHUNDEL



Lukas Tockner, Mitarbeiter der Abteilung Konsumentenschutz der AK Wien

Das IFES hat im Auftrag der AK Wien 500 junge ArbeitnehmerInnen zu ihren Wohnkosten interviewt – die Befragten durften nicht älter als 35 Jahre sein und mussten in den letzten fünf Jahren eine Wohnung in Wien angemietet haben.

In den zentralen Studien-Ergebnissen (veröffentlicht 2014) zeigte sich, wie aufwendig die Wohnungssuche ist. Für sieben von zehn Befragten, die in den letzten zwei Jahren einen Mietvertrag unterschrieben haben, war es schwierig, eine Wohnung zu finden. Hohe Mietpreise im privaten Segment und ein zu geringes gefördertes Neubauangebot sind die Ursachen.

Außerdem bestehen keine Preisunterschiede zwischen geregelten und freien privaten Mieten. Private Altbauwohnungen, die rechtlich in der Regel dem Richtwertsystem unterliegen, sind de facto gleich teuer, wie frei vermietbare private Neubauwohnungen (nach 1945 errichtet). Sozial gebundene Mietwohnungen (Gemeinde, gemeinnützige Bauvereinigungen) sind monatlich um rund 2,5 €/m² günstiger als private Mietwohnungen (inkl. Abschreibungen auf Finanzierungsbeiträge bei Gemeinnützigen).

Daher fordert die AK von der Regierung eine Mietrechtsreform, die spürbare Entlastungen für die MieterInnen und Wohnungssuchenden bringt. Bedingt durch den anhaltenden regen Zuzug nach Wien und den angespannten Wohnungsmarkt, fordert die AK überdies von der Stadt jährlich mindestens 8.000 Wohnbauförderungszusicherungen im Neubau in der nächsten Dekade.



Junge Menschen vermissen Sportplätze und Sporthallen im öffentlichen Raum, die ohne Vereinsmitgliedschaft zugänglich sind

DIE KONSUMATIONSPFLICHT VERDRÄNGT IMMER MEHR FREIRÄUME. RIESIGE SCHANIGÄRTEN ERSETZEN FREIE FLÄCHEN UND PLÄTZE, ETWA AM YPPENPLATZ ODER AM DONAUKANAL

→ Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden. Daneben haben 36 Prozent der jungen Haushalte, die bereits Kinder haben, mit allzu knappem Wohnraum zu kämpfen.

Freizeitoase öffentlicher Raum

Wie die eigenen vier Wände, ist auch die Umgebung ausschlaggebend. Von 80 Prozent der jungen WienerInnen wird die Nähe zu Grünanlagen gut bewertet, doch 45 Prozent wünschen sich mehr Grünflächen und Innenhofbegrünung in ihrer Wohnumgebung – weitere 40 Prozent favorisieren Plätze und Parks. Freizeit im öffentlichen Raum ist den jungen StadtbewohnerInnen ausnehmend wichtig, ebenso wie Kino, Musikveranstaltungen und Sport.

In ihrer Umgebung vermissen mehr als ein Drittel Sportplätze und Sporthallen – sie sollen möglichst ohne Vereinsmitgliedschaft zugänglich sein.

Öffentlich sporteln, lernen und surfen

Öffentliche Sportmöglichkeiten – ohne Vereinsbindung, kostengünstig oder unentgeltlich sind gefragt. Grünanlagen und Parks fehlen besonders häufig in dicht verbauten Gebieten. Hier sollten Schulen ihre Sportplätze und Hallen öffnen und den jungen WienerInnen nach dem Unterricht zur Verfügung stellen. In dicht verbauten Gebieten müssen mangels Alternativen Kleinräume – Mikrofreiräume – für die allgemeine Nutzung ausgestattet werden. Neben Sitzgelegenheiten sollten auch wettergeschützte Bereiche geschaffen werden. Für junge Menschen bis zu 16 Jahren ist der freie Eintritt in die Wiener Hallen- und Freibäder wünschenswert – ermäßigte Tarife bis zur Volljährigkeit sollten angeboten werden.

Konsum verdrängt öffentliche Freiräume

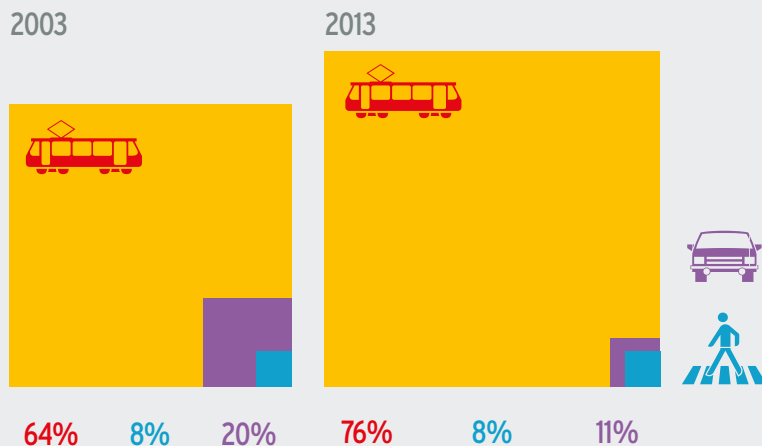
Herbst und Winter bedingen In-Door Angebote: etwa Räumlichkeiten, die für kostenloses Kino, jugendgerechtes Theater, Auftritte lokaler Bands und zur freien Nutzung bereitgestellt werden. Der Bau neuer Jugendzentren ist begrüßenswert. Die Lernplätze in der Wiener Hauptbücherei sind jetzt schon sehr beliebt und gut genutzt – diese Möglichkeiten sollten in der gesamten Stadt ausgebaut werden. Freier Zugang zu PC und Internet: Ein Angebot, das flächendeckend in der Stadt erweitert werden soll, insbesondere in Gebieten, wo junge Menschen verstärkt in überbelegten Wohnungen leben.

MODAL SPLIT - VERKEHRSMITTEL ZUR ARBEIT UND AUSBILDUNG

Öffis sind bei Jungen sehr beliebt

Die Jungen steigen lieber in die Öffis. Benutzten 2003 noch 64 Prozent der jungen WienerInnen die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit oder in die Schule, so waren es 2013 schon 76 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat das Auto immer stärker an Bedeutung verloren: im Jahr 2003

sind noch 20 Prozent, 10 Jahre später nur mehr 11 Prozent mit dem Auto in die Arbeit oder in die Schule gefahren. Nicht verändert hat sich in diesen Jahren allerdings die Zahl der RadfahrerInnen. Sie ist mit drei Prozent konstant niedrig und kann mit den FußgängerInnen – 8 Prozent – nicht mithalten.



Bim, Bus, Bahn werden von jungen WienerInnen immer mehr genutzt. Deshalb fordert die Arbeiterkammer auch in den Randgebieten Wiens eine bessere Versorgung mit Öffis

Neue AK Studie



Junge Menschen in Wien

Im Auftrag der AK Wien untersuchte das Institut SORA die Lage junger Menschen. Die Studie „Junge Menschen in Wien, Beschäftigung-Wohnen-Leben in Wien“ behandelt die Lebenssituation junger WienerInnen. Vorbestellen unter stadt@akwien.at oder unter 01/501 65 – 3047

Junge StadtbewohnerInnen brauchen für ihre Aktivitäten Freiräume und Plätze, die kein Geld kosten: FreundInnen treffen, Sport betreiben, Musik machen oder einfach in Wien abhängen – ganz ohne Konsumzwang. Deshalb sind öffentliche Räume wichtig, die nicht überreguliert werden und Möglichkeiten für freie Gestaltung bieten. Der Yppenplatz in Ottakring etwa ist ein Stadtraum, der unterschiedlich genutzt wird. Rund um den Markt finden sich Lokale und Bars, der gesamte vordere Bereich des Platzes ist jedoch eine Konsumzone – besonders im Sommer ist der Raum mit Schanigärten besetzt. Hinter der Zone des dichten Konsums befindet sich eine freie Fläche mit einem kleinen Kinderspielplatz, Sitzbänken und Basketballkörben – dieser Ort wird besonders von Kindern und Jugendlichen fürs Ballspielen, zum erlaubten Graffiti Malen auf der Wiener Wand oder als Treffpunkt

genutzt. Diese ohnehin schon begrenzte Fläche ist ein wichtiger Freiraum. Doch nun wird ein weiteres Lokal gebaut, das den ohnehin schon engen freien Bereich einem weiteren Konsumort opfert.

Von alternativen Lösungen – wie etwa In-Door Aufenthaltsorte oder Jugendzentren – hätten junge Menschen mehr profitiert. Auch am Donaukanal soll ein sehr gut genutzter und beliebter öffentlicher Grünraum von einem weiteren riesigen Gastronomie-Projekt namens „Sky & Sand“ verdrängt werden. Äußerst fragwürdig, denn die Fläche wurde in den erst Ende 2014 beschlossenen Leitlinien für die Gestaltung des Donaukanals als wichtige konsumfreie Grünfläche in der urbanen Mitte des Kanals vorgesehen.

Ohne Auto gut unterwegs

Als Verkehrsmittel wird das Auto immer weniger wichtig. Der Anteil für Arbeits- und →



Die Öffis sollen junge KundInnen ernst nehmen und sich mehr an ihren Bedürfnissen orientieren. Die S-Bahnen sollen im 10-Minuten-Takt fahren

Arbeit, von der Junge leben können.

Die Unternehmen müssen mehr in die Ausbildung von jungen Menschen investieren! Waren es vor 10 Jahren noch 4.400 Firmen, die Lehrlinge aufnahmen, sind es heute nur noch 3.800.

Wer eine facheinschlägige Berufsausbildung abgeschlossen hat, darf nicht mit einem Praktikum abgespeist werden. Sie/er muss mindestens mit dem Einstiegslohn des geltenden Kollektivvertrags und einem regulären Arbeitsvertrag beschäftigt werden. Praktika im Rahmen einer Ausbildung müssen klar begrenzt sein, der Ausbildungscharakter soll dabei im Vordergrund stehen.

Dazu müssen auch mehr ausländische Abschlüsse anerkannt werden, denn

DAS WILL DIE AK WIEN

Damit Wien für Junge attraktiv bleibt

über 30 Prozent der ZuwanderInnen können die zu Hause erworbenen Kenntnisse im Beruf nicht verwerten. Die AK fordert die Einführung eines verlässlichen Systems der Validierung ausländischer Berufsabschlüsse.

Wohnen muss billiger werden.

Junge WienerInnen leiden unter hohen Mieten am privaten Wohnungssektor. Befristete Mietverträge sollen nur dann erlaubt sein, wenn klar definierter Eigenbedarf besteht. Die Maklerkosten soll

der Auftraggeber bezahlen – wirksame Mietobergrenzen sind dringend notwendig. Außerdem sind jährlich 8.000 neue geförderte Wohnungen in Wien erforderlich.

Freizeit soll leistbar bleiben. Besonders in dicht bebauten Regionen brauchen Junge attraktive Freiflächen. Deshalb sollen Treffpunkte, wie etwa am Donaukanal-Ufer, genügend Raum ohne Konsumzwang anbieten. Gutes Beispiel ist das Museumsquartier. Damit junge StadtbewohnerInnen auch mehr Platz für Bewegung haben, sollen Schul-Turnhallen und -Sportplätze außerhalb der Öffnungszeiten nutzbar sein. Die AK fordert Ansprechpartner, die unbürokratisch und schnell Sportmöglichkeiten vermitteln.

Öffis für Junge attraktiver machen.

Die Öffis sollen junge StammkundInnen ernst nehmen und sich mehr nach ihren Bedürfnissen orientieren. In Randgebieten soll es eine bessere Versorgung geben, die S-Bahnen im 10-Minuten-Takt fahren und der Fahrplan auf andere Öffis abgestimmt sein.

Der Weg zur ersten Wohnung ist mit Hürden gepflastert. Die AK fordert wirksame Mietobergrenzen und ein Ende der Befristungen



Private Betriebe müssen wieder mehr Lehrlinge ausbilden. Auch Junge haben ein Recht auf hochwertige Arbeitsplätze, die eine Zukunft bieten



Was wollen Wiens Junge in ihrer Wohnumgebung?

Sie wünschen sich zu 45 Prozent die Errichtung neuer Grünflächen und Innenhofbegrünung. Gefordert werden auch Plätze, die zum Verweilen einladen (40 Prozent) und mehr Sitzgelegenheiten. 39 Prozent wollen den Ausbau der Radwege. Weitere 36 Prozent möchten mehr Sporthallen und Sportplätze.

45%

mehr Grünflächen

40%

mehr angenehme Orte zum Verweilen

39%

Ausbau der Radwege

36%

mehr Sporthallen und Sportplätze

→ Ausbildungswege mit dem PKW ist um 12 Prozent gesunken, dafür benutzen immerhin 76 Prozent der jungen WienerInnen öffentliche Verkehrsmittel – seit dem Jahr 2003 fahren damit um 12 Prozent mehr junge Menschen mit den Öffis in die Arbeit. Die KFZ-Nutzung bei Einkaufs-Touren ist im gleichen Zeitraum von 26 auf 16 Prozent gesunken, denn mit 51 Prozent werden diese Wege lieber zu Fuß erledigt. Vor allem der Ausbau von Radwegen ist mit 39 Prozent erwünscht, 22 Prozent wollen mehr Tempo-30-Zonen, 21 Prozent würden eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr begrüßen und 20 Prozent mehr Fußgängerzonen schätzen.

Der Autoverkehr ist auch jener Punkt, der von den jungen StadtbewohnerInnen am schlechtesten bewertet wird: Nur 7 Prozent haben Autos in Wien mit „sehr gut“ benotet. Mit 53 Prozent „sehr gut“-Beurteilung rangiert der öffentliche Verkehr in der Stadt allerdings weitaus höher.

Der Großteil der jungen WienerInnen ist mit dem Leben in der Stadt sehr zufrieden oder zufrieden. Zeitgleich sind viele mit schwierigen Lebenslagen konfrontiert – wer von einer Form der Benachteiligung betroffen ist, hat häufig noch mit weiteren gravierenden Problemen zu kämpfen. Belastende Faktoren im Job: Befristete Dienstverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung, Überqualifizierung. Im Wohnbereich verärgert: Überbelag, befristete Mietverträge, erhöhte Wohnkostenanteile. Dazu kommt der Faktor Armuts-

gefährdung. In der Gruppe Berufstätiger sind 69 Prozent von mindestens einem der genannten Faktoren betroffen, 34 Prozent von mindestens zwei und 15 Prozent von mindestens drei.

Bei den nicht berufstätigen jungen WienerInnen – Ausbildung, sonstige Tätigkeit – wurden Überbelag, befristetes Mietverhältnis und erhöhter Wohnkostenanteil untersucht. Ganze 48 Prozent sind zumindest von einer Form betroffen, 10 Prozent von mindestens zwei Formen.

Zeit für faire Verhältnisse

Fazit: Prekäre Verhältnisse im Arbeitsbereich ziehen prekäre Verhältnisse im Wohnbereich nach sich. Ziel einer sozial ausgerichteten Stadtentwicklung müssen ausgeglichene und gerechte Lebensverhältnisse für alle jungen WienerInnen sein. Junge Menschen, die von Mehrfachbenachteiligung betroffen sind, haben ein Recht darauf, besonders unterstützt zu werden.

Zeit für faire Verhältnisse. Ein gerechtes Bildungssystem, das den sozialen Ausgleich fördert und hochwertige Ausbildungen für alle Schichten gewährleistet, ist nötig. Doch das gelingt nur durch ausreichende Investitionen in Bildungsinfrastruktur, Mittelzuteilung für Schulen, die soziale Faktoren und benachteiligte Bezirke berücksichtigen (sozialindizierte Mittelzuteilung). Außerdem muss es ein flächendeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen, gebührenfreien ganztägigen Schulen geben. Ausreichend überbetriebliche Ausbildungs- →

PREKÄRE VERHÄLTNISSE IN DER ARBEIT ZIEHEN PREKÄRE VERHÄLTNISSE BEI WOHNEN UND FREIZEIT NACH SICH. EINE SOZIALE STADT SOLLTE AUSGEGLICHENE LEBENSVERHÄLTNISSE FÜR ALLE BIETEN



Sportmöglichkeiten ohne Vereinsbindung, kostengünstig oder gratis sind gefragt

plätze und ein fairer Übergang Schule-Ausbildung und Arbeitsmarkt müssen gewährleistet werden. Gleichzeitig sollen private Betriebe wieder mehr Lehrlinge ausbilden.

Das Ziel ist, möglichst alle Jugendlichen zu einem Ausbildungsabschluss zu führen, der ihnen eine zukunftssichere Voraussetzung in der Arbeitswelt bietet. Im Sinne gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gilt es, faire und wertschätzende Arbeitsverhältnisse für junge WienerInnen zu schaffen, die auch ausreichend entlohnt werden. Befristete Arbeitsverträge, Schein-Praktika, unbezahlte Praktika und All-In Verträge sind abzulehnen. Die Jugend hat ein Recht auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die Sicherheit und mittel- bis langfristige Perspektiven bieten und Lebensplanungen ermöglichen.

Wenn junge StadtbewohnerInnen bei der Gründung eines eigenen Haushalts in voller Härte von hohen Mieten und befristeten Mietverträgen im privaten Segment betroffen sind, muss es eine höhere Neubauförderungstätigkeit der Stadt Wien geben – 8.000 geförderte Wohnungen pro Jahr, um Zugang zu leistbarem Wohnraum zu ermöglichen. Zudem müssen befristete Mietverträge bis auf wohlbegründete Ausnahmen – etwa Eigenbedarf – verboten werden. Zu- und Abschläge sollen im Mietrechtsgesetz und in den Mietverträgen aufgelistet werden, eine gesetzliche Deckelung der Zuschläge zum Richtwert bei 20 Prozent ist essentiell, der Lagezuschlag ist abzuschaffen.

Auf zur Gemeindewohnung!

Siebzehn

Ab dem 17. Lebensjahr kann bei Wiener Wohnen um eine Gemeindewohnung angesucht werden. Bis zum Alter von 30 gilt die Jungwienervormerkung – junge WienerInnen werden besonders berücksichtigt. Info: www.wienerwohnen.at

INTERVIEW

Ziemlich zufriedene Jugend

Der Sozialforscher **Günther Ogris** vom Institut SORA untersuchte die Lebensumstände der jungen WienerInnen. Über Zufriedenheit, Mehrfachbelastungen und Wünsche.

Wie geht es den jungen WienerInnen? Die hohe Lebensqualität Wiens spürt man auch in dieser Personengruppe – 85 Prozent der jungen Menschen sind sehr oder ziemlich zufrieden.

Welche Besonderheiten sehen Sie? Bedenklich ist, dass 25 Prozent der berufstätigen jungen WienerInnen für ihren Job überqualifiziert sind, 17 Prozent nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben und 37 Prozent Teilzeitbeschäftigte sind. Der zweite Punkt sind die Mehrfachbelastungen: 19 Prozent aller jungen Berufstätigen machen daneben eine Ausbildung, weitere 15 Prozent haben noch einen zweiten Job.

Wo könnte es besser funktionieren? Bei den Teilzeitbeschäftigten laufen viele Fäden zusammen. Sie sind eher überqualifiziert und auch überdurchschnittlich in befristeten Verhältnissen beschäftigt. Überqualifizierte finden ihre Arbeit eher uninteressant. Ein Job, der nicht interessant ist und ein zu geringer Lohn, sind Faktoren, die ArbeitnehmerInnen unglücklich machen.

Können sich Junge das Wohnen leisten? Die Jungen haben Schwierigkeiten, eine leistbare Wohnung zu finden und nehmen Qualitätsverluste in Kauf. Die meisten leben in

privater Hauptmiete, das ist das Segment, wo auch die Mieten am höchsten steigen. Die jüngeren Mietverträge sind zu einem erhöhten Anteil befristet.

Welche Gruppen sind besonders benachteiligt? Am schwersten trifft es junge Eltern – sie haben Schwierigkeiten mit ihrem Geld auskommen und leben auf engem Raum zusammen. Auch junge MigrantInnen der ersten und zweiten Generation sind deutlich unzufriedener mit der eigenen Wohnsituation und haben überdurchschnittlich häufig befristete Mietverträge. Sie sind oft von mehreren prekären Merkmalen betroffen und müssen überproportional in befristeten Dienstverhältnissen arbeiten. Trotzdem sind auch in dieser Gruppe 49 Prozent sehr zufrieden mit ihrer Situation.

Stichwort Öffis und Freizeitangebot... Junge WienerInnen sind mit dem öffentlichen Verkehr und dem Freizeitangebot zufrieden, da es sich bereits auf einem hohen Niveau befindet. Es werden noch mehr Flächen zur freien Nutzung ohne Konsumzwang, das sind einerseits Grünflächen und auf der anderen Seite Plätze zum Verweilen, gewünscht. Daneben Sportanlagen, die nicht von einem Verein geführt werden, sondern frei zur Verfügung stehen.



Sozialforscher, **MA, Günther Ogris** leitet mit Christoph Hofinger das Forschungsinstitut SORA, Institute for Social Research and Consulting

Nicht länger fette Firmen-Beute

Auf der Internetplattform watchlist-praktikum.at können PraktikantInnen Ungerechtigkeiten melden und sich zur Wehr setzen. All zu oft entpuppt sich ein Praktikum als verstecktes Arbeitsverhältnis.

Von Veronika Kronberger



Was gilt beim Praktikum?

Knapp 182.000 SchülerInnen müssen pro Jahr ein Praktikum absolvieren. Die AK Broschüre Pflichtpraktikum klärt über die wichtigsten Regelungen für Schule, ArbeitgeberInnen und PraktikantInnen auf. Download unter <http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Bildung/>

Veronika Kronberger
ist Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum, studiert Kultur- und Sozialanthropologie und ist seit 2014 in der GPA-djp tätig



Ein Praktikum soll meist die Türe zum Arbeitsmarkt öffnen. Nicht immer klappt das nach Wunsch. Viele junge Menschen stecken in prekären Verhältnissen fest. Der Studie „Junge Menschen in Wien, Beschäftigung-Wohnen-Leben in Wien“ nach leben beinahe ein Drittel der Wiener Jugendlichen und jungen Erwachsenen an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle. Von sich aus sagt etwa ein Fünftel, schlecht mit dem Haushaltseinkommen durchzukommen. Im Juli 2014 startete watchlist-praktikum.at, eine Online-Plattform der GPA-djp. Hier können PraktikantInnen, die nicht korrekt behandelt wurden, kein oder zu wenig Geld erhielten, anonym ihre ArbeitgeberInnen melden. Die Resonanz bestätigt den Handlungsbedarf – bereits in den ersten Monaten wurden mehr als 60.000 Klicks registriert, rund 200 konkrete Meldungen gingen ein. PraktikantInnen werden offenbar in allen Branchen als günstige Ersatzkräfte ausgenutzt. Ob Hotel, Telefonanbieter oder Verlag – drei von vielen Beispielen zeigen, wie einfach es sich die Unternehmen mit jungen Menschen machen.

PraktikantInnen als Billigkräfte

Vier junge Erwachsene absolvierten ein einmonatiges „Schnupperpraktikum“ im Service eines Hotels, für die Zeit danach wurde ihnen eine Lehrausbildung versprochen. Mit 1.12.2014 begann auch die Lehrzeit, doch kurz vor Ende des Monats wurden sie alle gekündigt – damit konnte das betreffende Hotel erfolgreich sein Weihnachtsgeschäft

Atypisch Beschäftigte

30 Prozent

Nicht nur das Praktikum kann prekär sein. Mehr als 30 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen arbeiten entweder Teilzeit, geringfügig, befristet, als überlassene ArbeitnehmerInnen oder als Freie DienstnehmerInnen.

überbrücken. Zwei Monate wurde gearbeitet, bezahlt wurde die Lehrlingsentschädigung für einen Monat.

Erbärmlich hat sich ein Telefonanbieter verhalten: Ein Student nahm das Angebot eines Telefonanbieters an, ein Praktikum zu absolvieren und dabei gleichzeitig für seine Masterarbeit zu forschen. Am Ende hat der junge Mann 24 Monate – je 30 Stunden pro Woche – an der Netzerweiterung des Telefonanbieters gearbeitet, konnte nicht forschen und erhielt gar kein Geld.

PraktikantInnen als volle Arbeitskraft

Es gibt sogar Unternehmen, die ganze Abteilungen auf PraktikantInnen-Basis führen. Rund zehn PraktikantInnen werden parallel von einem Verlag beschäftigt. Sie alle haben bereits erste einschlägige Erfahrungen aufzuweisen, müssen Publizistik studieren oder das Studium bereits abgeschlossen haben. Der Vorteil: Die Firma muss diese Arbeitskräfte nicht mehr ausbilden. Täglich sollen mindestens zwei Artikel verfasst werden – die Texte werden nicht korrigiert, sondern sofort verwertet und das Magazin fast ausschließlich von den Jungen produziert. Alle sechs Monate wird ein PraktikantInnen- →

Zusammengefasst

Viele junge Menschen wollen mit ihrem Praktikum erste Berufserfahrung sammeln oder ihre Ausbildung ergänzen. Doch zu häufig gelten PraktikantInnen als günstige Arbeitskräfte. Unregelmäßigkeiten können nun der watchlist-praktikum.at gemeldet werden. Erhärtet sich der Verdacht, wird das Arbeitsverhältnis von der Gebietskrankenkasse geprüft. Ansprüche können dann nachgefordert werden.



Ob in der IT- oder in der Medienbranche. Zwei Beispiele, wo Praktika zum Synonym für billige oder unbezahlte Arbeitskräfte verkommen sind. Doch leider wehren sich junge Menschen viel zu selten

Austausch vollzogen, in diesem Zeitraum „verdienen“ sie 200 bis 300 Euro. Doch nicht alle erhalten, wie versprochen, ihr Geld. Meldungen wie diese werden von den Gebietskrankenkassen geprüft. Stellt sich heraus, dass es sich bei einem Praktikum in Wahrheit um ein verstecktes Arbeitsverhältnis handelt, werden die Betroffenen rückwirkend angestellt, die ArbeitgeberInnen müssen alle Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen. Ebenso können die Betroffenen das ihnen vorenthaltene Gehalt einfordern. Auf www.watchlist-praktikum.at klicken lohnt daher und kann zu einem Anstellungsverhältnis inklusive rechtmäßiger Entlohnung führen.

Wissen übers Arbeitsrecht fehlt

Die Generation Praktikum hat es nicht leicht: Knapp 182.000 SchülerInnen haben Pflichtpraktika in ihren Lehrplänen, dazu gesellen sich laut der Studierenden-Sozialerhebung auch noch 60 Prozent aller Studierenden, die zumindest ein Praktikum vorgeschrieben haben. In Summe über 320.000 Praktika, die jedes Jahr absolviert werden. So genannte freiwillige Praktika, die außerhalb einer Ausbildung oder eines Studiums absolviert werden, nicht mit eingerechnet. Doch die ursprünglich als Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse gedachten Praktika sind größtenteils zum Synonym für billige oder unbezahlte Arbeitskräfte verkommen.

Die für Praktika geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen sind

wenigen Jungen geläufig. Zwar wird regulär gearbeitet, aber nicht entsprechend entlohnt – nichts anderes als reine Ausbeutung. Nach dem österreichischen Arbeitsrecht entscheidet jedoch nicht die Vertragsform, ausschlaggebend für das Arbeitsverhältnis sind die tatsächlichen Rahmenbedingungen. Unabhängig davon, was in einem Praktikumsvertrag steht: Sobald PraktikantInnen die gleiche Arbeit leisten wie regulär Beschäftigte, gilt ihre Beschäftigung als Arbeitsverhältnis. Und das muss auch zu den selben Bedingungen entlohnt werden. Betroffene sollten keine Scheu davor haben, erlebte Ungerechtigkeiten und Missstände zu melden: Je mehr Unternehmen geprüft werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ArbeitgeberInnen ihren PraktikantInnen endlich faire Gehälter zahlen! In der Praxis wehren sich junge Menschen noch viel zu selten, wenn sie ungerecht behandelt werden. Zu groß ist die Angst, keinen Arbeitsplatz im gewünschten Unternehmen zu finden oder das nächste Semester wegen eines fehlenden Praktikums nicht beginnen zu können. Verständliche, teils berechtigte Sorgen – doch der schamlosen Ausbeutung durch viele Betriebe muss Einhalt geboten werden.



WAS IST ARMUT?

Als armutsgefährdet gelten Menschen, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen. Unter „materieller Deprivation“ leiden Personen, die beschränkt an der Gesellschaft teilnehmen können. Sie gilt wenn mindestens 4 der folgenden 9 Merkmale nicht zutreffen: einmal pro Jahr auf Urlaub gehen, eine Waschmaschine besitzen, ein Handy haben, einen Fernseher besitzen, eine warme Wohnung im Winter, regelmäßig Rechnungen bezahlen, ein Auto besitzen, sich täglich Fleisch leisten oder eine unerwartete Rechnung über 1000 Euro zahlen können.

BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE, SCHEIN-PRAKTIKA UND UNBEZAHLTE PRAKTIKA SIND ABZULEHNEN. DIE JUGEND HAT EIN RECHT AUF ARBEIT, DIE ZUKUNFT HAT, UND GERECHT BEZAHLT WIRD

WO KÖNNEN JUNGE MENSCHEN NOCH HIN?

Freiraum ja, aber bitte nicht vor meiner Haustüre!

Junge Menschen verbringen ihre Freizeit am liebsten im öffentlichen Raum, doch das passt nicht allen BewohnerInnen. Die gemeinsame Nutzung der Stadt muss immer wieder aufs Neue verhandelt werden.

Von Christian Resei



Junge Menschen nützen den öffentlichen Raum auch zum Abhängen. Eine lebenswerte Stadt soll dafür Platz haben

Das Haar ist auf der Seite kurz rasiert, der Schopf ist mit Gel aufgetupiert. Selami täuscht rechts an und will links mit dem Ball an seinem Gegenspieler vorbeidribbeln. Er fällt auf den Boden und reklamiert ein Foul – die anderen Spieler reagieren nicht. Schnell erhebt er sich wieder und schaut kurz, ob an seiner Sporthose Dreck klebt, läuft zurück, um den Gegenangriff zu stören. Einmal in der Woche trifft Selami seine Kumpel und bespielt den Balkkäfig auf der Fläche zwischen Margareten- und Gaudenzdorfer-Gürtel – Scheinwerfer spenden auch in der Nacht Licht und lassen ein athletisches Fußballspiel zu. Auf den Gittern prangt der Schriftzug „Freedom“. „Das ist die Bühne, die ist erleuchtet, da wird man gesehen. Für viele Jugendliche passt das“, erklärt Jutta Kleedorfer, Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung der MA 18.

Lüftchen im Stau

Obwohl zwischen den Fahrbahnen der meistbefahrenen Straßen Österreichs gelegen, ist die Luftqualität dort nicht schlechter als auf dem Stephansplatz. „Windschneisen wirken sich dabei günstig aus und die alten Bäume schlucken viel Staub“, sagt Kleedorfer. Für zwei Stunden Fußballspiel ist das ausreichend. Kein Stadtplaner kam auf die Idee, an diese Stelle etwas zu bauen. Erst das Gespräch mit Jugendlichen des Grätzels gab den Anstoß dazu, diesen Freiraum

zu nutzen. Denn an den meisten anderen Plätzen waren die Kids nicht besonders beliebt: „Die ganze Zeit heißt es, wir sind zu laut, wir sind zu viele, wir sind zu groß, wir schießen zu scharf“, erzählt Selami. Zwischen den Gürtel-Fahrbahnen sind sie niemandem im Weg. Sie können dort rumschreien, grölen und beim Spiel auch Mal ordentlich zur Sache gehen.

Einfach Rumhängen

Der 19-jährige Rainer Bauer, Metallbearbeiter-Lehrling – so heißen Schlosser zeitgemäß, – er nutzt den Wiener Freiraum auf andere Weise. „Ich will mit Freunden reden und Mädchen kennen lernen.“ Seine Kumpels trifft Rainer am Westbahnhof. Der ist zwar neu und sauber, aber auch ziemlich seelenlos. „Dort gibt es wenig Möglichkeiten zu sitzen. Und wenn es dort einen Sitzplatz gibt, kann man kein Bier trinken oder ‚Tschickern machen‘“, wie der gebürtige Russland-Deutsche das Rauchen nennt. Als Lehrling hat Rainer wenig Geld zur Verfügung, er muss sich das gut einteilen und →

Zusammengefasst

Junge Menschen brauchen Platz! Der öffentliche Raum muss Orte bieten, wo sich Menschen zwanglos treffen können, und genug Toleranz vorhanden ist, wenn es lauter wird – doch häufig stehen die Nutzungsansprüche einander diametral gegenüber. Die wachsende Stadt wird mehr Konflikte um die Raumnutzung mit sich bringen. Ziel sollte es sein, möglichst viele unterschiedliche Ansprüche zu vereinen.

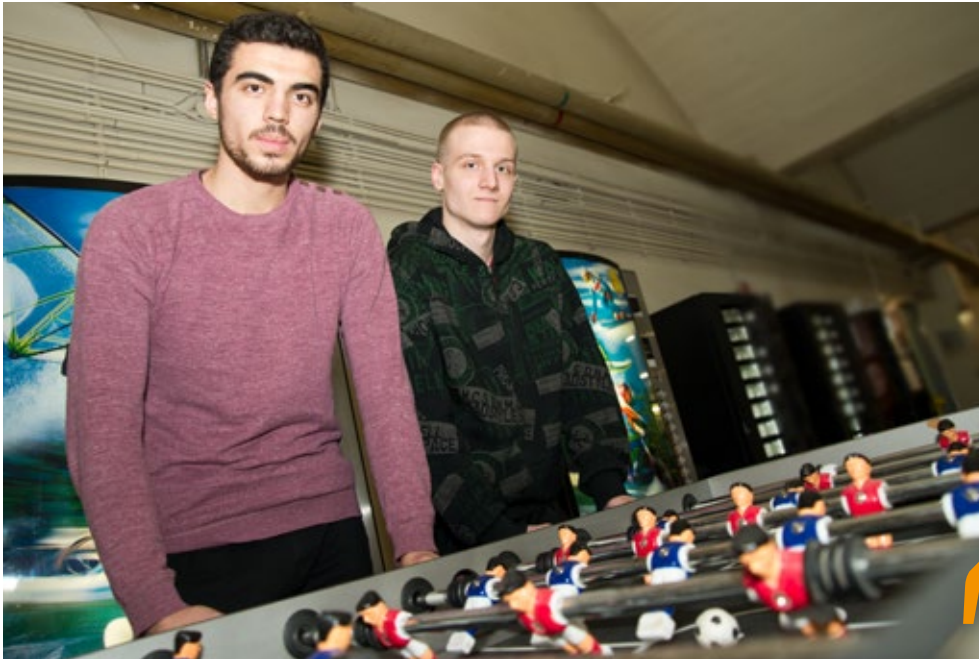
Mag Christian Resei studierte Politikwissenschaft und ist als freier Journalist tätig



Wiens beliebter Grünraum

855 PLUS

Parks besuchen junge WienerInnen am liebsten in ihrer Freizeit – besonders jene mit eigenen Kindern und MigrantInnen 1. Generation. Es gibt genug Auswahl: Rund 850 werden von den Wr. Stadtgärten betreut dazu 5 Bundesgärten.



Rainer Bauer (rechts) nützt mit seinen Freunden den öffentlichen Raum: etwa um Tischfußball zu spielen oder Freunde zu treffen. Er hat Spaß dabei

überlegen ,wofür er es ausgibt. „In Lokale gehen wir nur, wenn jemand Geburtstag hat.“ Sonst besucht er Freunde zu Hause, trifft sie einfach auf der Straße oder im Park. Er nutzt den öffentlichen Raum, ohne viel zu konsumieren. Um Tischfußball zu spielen, rumzuhängen, zu reden, Mädchen zu treffen, oder einfach nur um Spaß zu haben. Wenn es regnet, treffen sich Rainer und seine Freunde oft in einer Garage. Das wird nicht von jedem gerne gesehen. Es gibt dann schon ab und zu Konflikte. „Manche Omas haben damit Probleme und raunzen uns an, doch wir lachen nur darüber“, erzählt Rainer.

Ja, aber nicht hier!

„Viele denken sich, Freiraum ist eh gut, aber bitte nicht vor meiner Haustüre“, weiß Jutta Kleedorfer aus ihrem beruflichen Alltag. Häufig stehen Wohn- und Freiraum-Ansprüche einander aber diametral gegenüber. „In den ärmsten Bezirken, wo es eigentlich am lautesten ist, gibt es weniger Beschwerden als dort, wo es viele Häuser mit Eigentumswohnungen gibt.“ Wohnungseigentum scheint die Tendenz zu verstärken, den Eigennutz in den Mittelpunkt zu stellen. Kleedorfer berichtet von ihren Erfahrungen vor Ort. Fragen wie: „Können die nicht in der Schule spielen?“ sind nicht selten. Es wurde auch schon der Vorschlag unterbreitet, Kinder mit

Bussen auf die Donauinsel zu transferieren. Dort könnten sie dann am Tag spielen und in der Nacht würden sie wieder abgeholt werden.

Die wachsende Stadt wird mehr Konflikte um die Raumnutzung mit sich bringen. Denn die soziale Infrastruktur der Menschen braucht auch Platz innerhalb der Stadt. Ein lebenswerter Raum muss Orte bieten, wo sich Menschen zwanglos treffen, genug Platz und Toleranz vorhanden ist, wenn es einmal lauter wird. Im öffentlichen Raum sollten möglichst viele unterschiedliche Ansprüche vereinbar sein.

Diese Anliegen treten mitunter auch in Konkurrenz – Planung wird dabei zur Verteilungspolitik, was den Prozess nicht leichter macht. Doch es bringt der Stadt als Ganzes einen deutlichen Mehrwert. Jeder hat ein Recht auf Stadt, es muss aber immer wieder neu verhandelt werden – das wird nicht ohne Konflikte möglich sein. Wien wächst: durch die Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich wird es enger werden. Aber auch an den Stadträndern gibt es Widerstand. Wenn etwa neue Siedlungen den schon liebgewonnenen Blick versperren: „Viele regen sich darüber auf, dass schon wieder jemand an den Stadtrand siedelt, aber vergessen, dass sie selber erst vor einigen Jahren dorthin gezogen sind“, meint Jutta Kleedorfer abschließend.

„IN DEN ÄRMSTEN BEZIRKEN, WO ES EIGENTLICH AM LAUTESTEN IST, GIBT ES WENIGER BESCHWERDEN ALS DORT, WO ES VIELE HÄUSER MIT EIGENTUMSWOHNUNGEN GIBT“, JUTTA KLEEDORFER, MA 18



Für Autos verboten

Straßenspiel erlaubt

Die Aktion „Wiener Spielstraße“ sperrt regelmäßig Straßenabschnitte für Autos und nutzt sie als temporäre Spielplätze. Ziel ist die Wiederbelebung der Straßenspielkultur. Erwachsene sind willkommen! Info: spielraeume.schaffen@wien.kinderfreunde.at

AK Stadt ISSN 2227-9415

E-Mail stadt@akwien.at

Telefon 01/501 65-3047

Internet wien.arbeiterkammer.at/meinestadt

P.b.b.

Verlagsort 1040 Wien

Erscheinungsort Wien

Zulassungsnummer: 12Z039252 M



Die Stadtpunkte der AK Wien.

GEHIRNNÄHRUNG.

Nr 13

**WIENER HERAUSFORDERUNGEN
ARBEITSMARKT, BILDUNG, WOHNEN**

Wien ist einem dynamischen Wandel ausgesetzt. Das birgt eine Vielzahl an Herausforderungen für Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnpolitik.



Neu!

Nr 14

**WIEN WÄCHST - WOHNIT
GUTES WOHNEN IN EINER WACHSENDEN
STADT**

2 Millionen Menschen werden 2029 in Wien leben. Die dadurch bedingten Probleme und ihre Lösungen wurden auf der AK Konferenz „Wien wächst - wohnt“ diskutiert.

Alle Studien der AK Kommunalpolitik

Nr 7

**WOHNEN IM ARSENAL
FOLGEN DER PRIVATISIERUNG**

Ernüchternde Ergebnisse einer Privatisierung. Sowohl Alt- als auch NeumieterInnen erfahren massive Verschlechterungen.

Nr 8

**WIENS KONJUNKTURENTWICKLUNG
IM VERGLEICH**

Dieser Band beinhaltet einen ökonomisch nationalen und interregionalen Vergleich der Wiener Stadtwirtschaft mit all ihren Besonderheiten.

Nr 9

**BÜRGERINNENBETEILIGUNG
IN DER STADT. TAGUNGSBAND**

In den letzten Jahren haben Beteiligungsprozesse zugenommen. Doch nicht alle Menschen sind Teil des demokratischen Prozesses.

Nr 10

**WIENS INDUSTRIE IN DER WISSENS-
BASIIERTEN STADTWIRTSCHAFT**

Im Vergleich mit 44 europäischen Metropolregionen ist die Wiener Industrie top. Sie ist besonders produktiv und wissensbasiert.

Nr 11

**MIGRANTISCHE ÖKONOMIE IN
WIEN - EIN ÜBERBLICK**

Wien hat eine hohe Anzahl migrantischer Klein- und Kleinstunternehmen. In der Studie wird erstmals deren Unternehmensstruktur eingehend untersucht.

Nr 12

**WIEN WÄCHST - ZWISCHEN
BOOM UND LEBENSQUALITÄT**

Wien und sein Bevölkerungswachstum. Der Band zur AK Konferenz „Wien wächst“ analysiert entstehende Herausforderungen quer über alle Disziplinen.

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/stadtpunkte> oder gedruckt bestellen unter stadt@akwien.at oder Tel 01/501 65-3047

Gratis-Abo der Zeitschrift AK Stadt unter stadt@akwien.at oder Tel 01/501 65-3047

Download <http://wien.arbeiterkammer.at/meinestadt>

